

PEKING UND DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

ZWISCHEN POLITIK UND HANDEL

Holger Dohmen

Mit dem Ende der innenpolitischen Auseinandersetzungen findet die neue Führung in der VR China wieder Zeit, sich außen- bzw. außenhandelspolitischen Fragen zu widmen. Eine der unerledigten Fragen betrifft das Verhältnis Pekings zur Europäischen Gemeinschaft. Seit Mai dieses Jahres liegt das umfassendste handelspolitische Angebot auf dem Tisch, das die Chinesen je an Brüssel gerichtet haben: Peking erklärte dem italienischen Außenminister Forlani, man wolle seinen Außenhandel mit der EG auf dieselbe Höhe bringen wie mit seinem bisher wichtigsten Handelspartner Japan. Fast gleichzeitig mit dieser Offerte kam die Bitte, die seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September 1975 stagnierenden Verhandlungen über ein formelles Handelsabkommen, das die am 1.1.75 abgelaufenen bilateralen Verträge ersetzen soll, zu einem positiven Abschluß zu bringen. Bei der Europäischen Kommission hört man die chinesische Botschaft wohl, doch fehlt noch der Glaube, daß es zu einem schnellen Übereinkommen mit Peking kommen wird. Das hat seine Gründe, wie die Chronik der Verhandlungen (s.u.) zeigt; chinesische Zeitbegriffe sind nicht dieselben wie europäische. Die folgende Untersuchung wird sich ferner mit Pekings neuem Außenwirtschaftskurs und der Frage beschäftigen, ob die europäischen Handelspartner Chinas in Zukunft wirklich spektakuläre Verkäufe in die VR China erwarten dürfen. Danach folgt ein statischer Überblick über die Entwicklung des EG-Außenhandels mit China. Schließlich wird mit einer kurzen Einordnung Europas in die außenpolitischen Perzeptionen Pekings die These erläutert, daß es sich bei Pekings Annäherung an die EG primär um einen politischen Schritt handelt.

I. Zur Chronik der Verhandlungen

Mai 1975: Vom 4. bis 9. Mai besucht der damalige Vizepräsident der EG-Kommission, Sir Christopher Soames, auf Einladung der chinesischen Regierung Peking. Das wichtigste Ergebnis der Gespräche war die chinesische Bereitschaft zur Anerkennung der EG. Seit dieser Zeit auch liegt offiziell Pekings Wunsch auf dem Tisch, einen Handelsvertrag mit Brüssel abzuschließen. Außenhandelsminister Li Chiang erklärte den Soames-Besuch euphorisch zum Beginn neuer Fortschritte in den Beziehungen zwischen China und der EG (1).

Juli 1975: Der chinesische Botschafter in Belgien, Li Lien-pi, bittet die EG-Kommission offiziell um die Akkreditierung. Li, der als Kenner der europäischen Szene gilt, hatte auch die Reise Soames' in die Wege geleitet. Noch im selben Monat nahmen Experten beider Seiten Sondierungsgespräche über ein Handelsabkommen auf.

September 1975: Am 16. September überreicht Li Lien-pi dem Vorsitzenden des EG-Ministerrats, dem Italiener Rumor, sein Akkreditierungsschreiben. Die Volksrepublik war damit der 103. Staat, der offizielle Beziehungen mit der Gemeinschaft hatte. China war ferner der zweite sozialistische Staat, nach Jugoslawien, der auf offizieller Ebene Beziehungen zur kapitalistischen Gemeinschaft eröffnet hatte.

Oktober 1975: Fiat-Chef Giovanni Agnelli, der sich zu Gesprächen über die Ausweitung des italienisch-chinesischen Handels in der Volksrepublik aufhält, schätzt Europas Wirtschafts- und Handelschancen in China für gut ein. Spätestens in fünf Jahren werde sich allerdings die amerikanische Konkurrenz verstärken. Bis dahin hätten die Chinesen ihr Mißtrauen gegen die USA abgebaut.

Februar 1976: Der ehemalige Geschäftsträger der VR in London, Huan Hsiang, wird zum neuen Botschafter Pekings bei der EG ernannt. Brüssel wartet jedoch

immer noch auf die chinesische Delegation, die Sondierungsgespräche über das geplante Handelsabkommen führen soll. Die Chinesen hatten sich seit der Aufnahme der Beziehungen vorwiegend Erläuterungen über das handelspolitische System der EG und die aus nationaler in Gemeinschaftshand übergegangenen handelspolitischen Kompetenzen verschafft.

März 1976: Peking plant die Erweiterung seiner diplomatischen Vertretung in Brüssel um einen Handelsbeauftragten.

Februar 1977: Huan Hsiang erklärt in Brüssel seine Bereitschaft, die seit April 1976 wegen innenpolitischer Unruhen (Tod Chou En-lai und Maos, Absetzung der Viererbande) ins Stocken geratenen Verhandlungen über einen Handelsvertrag wiederaufzunehmen.

Mai 1977: Eine Delegation der Bank of China reist durch mehrere europäische Hauptstädte (u.a. London, Bonn, Brüssel) und führt Gespräche über Fragen des Zahlungsverkehrs und der Banktechnik. Wie aus Zürich verlautete, sei die chinesische Delegation daran interessiert gewesen, festzustellen, ob der Zahlungsverkehr zwischen China und dem Westen intensiviert werden könne. Ferner soll - das wurde aber nicht bestätigt - auch ein Meinungsaustausch über einen größeren Euromarkt-Kredit geführt worden sein. Ein Londoner Banker interpretierte nach einem Bericht der Financial Times den Besuch der hochkarätigen Delegation folgendermaßen: "In den nächsten sechs Monaten wird gar nichts geschehen. Die Chinesen müssen erst einmal das Wasser testen, um zu sehen, ob sie in der Lage sind, sich Geld zu leihen". (1a)

Juli 1977: Auf Einladung der chinesischen Regierung hält sich zwischen dem 4. und 13. Juli eine Delegation der EG-Kommission, unter Leitung des stellvertretenden Generaldirektors für Auswärtige Beziehungen Roland de Kergorlay, zu Sondierungsgesprächen in Peking auf. Nach Angaben der Kommission und des

chinesischen Außenhandelsministeriums sollten die Verhandlungen den Abschluß eines Handelsabkommens EG-China vorbereiten. Wie es im Anschluß an die Gespräche heißt, konnten Mißverständnisse ausgeräumt werden, die auf chinesischer Seite bestanden hätten. So hatte die chinesische Regierung in dem geplanten Abkommen einen "Korrekturmechanismus" gefordert, der für den Fall eines Ungleichgewichts im Warenaustausch als Regulativ wirken sollte. Eine solche Bestimmung wäre im EG-Handelsabkommen allerdings ein Präzedenzfall gewesen. Peking wehrte sich auch gegen die übliche Schutzklausel, die bei schweren Marktstörungen eine Drosselung der Einfuhren gestattet. Ein EG-Sprecher erklärte nach den Verhandlungen, der künftige Vertrag werde keine Präferenzen beinhalten, und China würden auch keine Sondertarife eingeräumt werden, wie dies im Falle anderer Staaten der Dritten Welt geschehe. Auch die Chinesen betonten, man wolle keine Sonderkredite, sondern bleibe beim bisherigen System von Zahlungszielen (deferred payments).

Für die ungewöhnlich lange Zeit, die zwischen Ankündigung und nun offensichtlich bevorstehender Paraphierung eines Handelsabkommens verging, gibt es mehrere Gründe, ebenso dafür, daß Peking ausgerechnet jetzt wieder die Initiative übernommen hat. Gründe für die abwartende Haltung:

1. Der Handel zwischen China und den EG-Staaten florierte auch ohne offizielles Handelsabkommen, ohne daß China wesentliche Nachteile daraus erwachsen wären. Die Einfuhren der VR aus den EG-Staaten hatten sich im Zeitraum 1970 bis 1975 ohnehin schon mehr als verdoppelt, und zwar von 348 Mio.US\$ auf 756 Mio.US\$. Die Ausfuhr der EG stieg von 1970 (461 Mio.US\$) auf 1,3 Mrd.US\$ im Jahre 1976.

2. Angesichts der knappen Devisensituation wäre eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen auf bilateraler oder EG-Basis garnicht möglich gewesen.

3. Die innenpolitische Auseinandersetzung in der VR war auch eine Auseinandersetzung über den wirtschaftspolitischen Kurs.

4. Das Handelsabkommen zwischen EG und Sowjetunion kam auch nicht über das Stadium der Sondierung hinaus, so daß von dieser Seite kein Zeitdruck auf China lastete.

Gründe für die chinesische Initiative zum jetzigen Zeitpunkt:

1. Die neue Führung Chinas hat sich zum Wirtschaftsprogramm Chou En-lais bekannt, der auf dem IV.Nationalen Volkskongreß im Januar 1975 die Devise ausgab, die Volksrepublik müsse bis zum Ende dieses Jahrhunderts den Status einer großen Industrialisation erreicht haben. Dieses Programm erfordert eine stärkere Öffnung des chinesischen Marktes für den Welthandel. Der stellvertretende Ministerpräsident Yu Chiu-li betonte Ende Juli auf der Nationalen Konferenz für den Außenhandel, daß dieser eine wichtige Rolle bei den vier Modernisierungen (Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung, Wissenschaft und Technik) spiele. Vor 1400 Menschen, Angestellten aus Handelsbüros und -Organisationen rief Yu dazu auf, fortgeschrittene Technologie zu importieren und Chinas Außenhandel im revolutionären Geist des Ölfeldes von Taching und der Produktionsbrigade von Tachai zu erweitern (2).

2. Peking will dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Brüssel und Moskau zuvorkommen.

3. Pekings Interesse an einem formellen Vertrag richtet sich vor allem auf die damit verbundene politische Kooperation mit den EG-Staaten (antiso-

wjetische Komponente).

4. Peking heizt schon jetzt den Konkurrenzkampf innerhalb der westlichen Handelsländer Japan, USA und EG an. Da möglichst alle Staaten ein großes Stück vom attraktiven Chinakuchen erhalten wollen, ist abzusehen, daß auch der Wettbewerb entsprechend scharf sein wird. Der Profit gehört dann den Chinesen.

Einen Vorgeschmack auf diese Auseinandersetzung haben die Franzosen eben geliefert. Paris plant, wie aus einer Meldung der IHT vom 18.Juli 1977 hervorgeht, einen Alleingang nach Peking, um sich eine günstige Ausgangsposition zu schaffen. Wie es heißt, sollen die Franzosen für die Chinesen ein besonders vorteilhaftes Kreditschema ausgearbeitet haben, um mehr Waren exportieren zu können. Eine französische Delegation wird im August nach Peking reisen und dort den Plan eines Banken-Konsortiums, der schon die Billigung der Regierung genießt, unterbreiten. Der Alleingang der Franzosen soll bei den EG-Partnern auf Unverständnis und Kritik gestoßen sein.

II. Neuer Wirtschaftskurs, alte Prinzipien

Die alte Devise des Vertrauens auf die eigene Kraft bleibt auch für die neue chinesische Führung maßgebend. Entstanden war dies Motto nach dem Bruch mit der Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre. Das Trauma, einem Staat ausgeliefert zu sein, sitzt in Peking derart tief, daß jegliche Hoffnung eines künftigen Anbieters auf Monopolisierung einer Geschäftsbeziehung trügerisch wäre. Dies gilt für Länder ebenso wie für den einzelnen Geschäftspartner. Wenn in Peking heute also angekündigt wird, Chinas Handel mit der EG könne denselben Umfang erreichen wie der mit Japan, bedeutet dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr und nicht weniger, als daß eine Verlagerung, sprich Verringerung, des chinesischen Handels weg vom asiatischen Nachbarn bevorsteht. Tatsächlich sprechen die Zahlen dieses Jahres eine klare Sprache. In den ersten fünf Monaten 1977 liegen die Ergebnisse deutlich unter dem des Vorjahres. 1976 umfaßte der sino-japanische Handel einen Wert von 1,4 Mrd.US\$, in diesem Jahr sind es nur 1,2 Mrd.US\$, also 14% weniger. Die japanischen Exporte beliefen sich auf 676 Mio.US\$ (1976: 953 Mio.), also 29% weniger, während die Importe um 572 Mio.US\$ (1976: 489 Mio.) (3) zunahmen.

Das stetig wachsende Ungleichgewicht in der Handelsbilanz, das primär durch die einseitige Struktur der chinesischen Exportwaren bestimmt und deshalb in nächster Zeit kaum veränderbar ist, hat Peking schon seit längerer Zeit Kopfzerbrechen gemacht. Die angekündigte Steigerung des Handels mit den EG-Staaten würde Peking in die Lage versetzen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einerseits würde man die Zusammenarbeit mit der EG, die China als wichtigstes Bollwerk gegen den sowjetischen "Sozialimperialismus" ansieht, verstärken, andererseits die eigenen Exportmöglichkeiten auf diesem Markt erweitern. Die jüngste Äußerung aus Peking ist aber auch noch in einem anderen Zusammenhang zu sehen. Sollte sich tatsächlich herausstellen, daß die Chinesen auch ihre Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten wieder intensivieren (4), wie amerikanische Geschäftskreise prognostizieren (das Thema wird auch von Außenminister Vance Ende August in Peking erörtert), bleibt die Frage, ob Peking nicht zu einer grundsätzlichen Änderung

seiner konservativen Kreditpolitik bereit ist.

Gerüchte über eine solche Bereitschaft gibt es nicht erst seit dem Besuch der Delegation der Bank of China (s.Chronik). Das Thema Kreditgewährung ist so alt wie die Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik. So haben im Mai dieses Jahres japanische Banken der Volksrepublik Kredite angeboten, die aber nicht als solche bezeichnet werden sollten (5). Von der Tageszeitung Mainichi wurde auf der ersten Seite eine Offerte veröffentlicht, nach der 18 japanische Banken einen Betrag im Gegenwert von mehreren Mio.Yen für drei Monate zur Überziehung bereitstellen wollten. Von den Banken wurde angenommen, daß China, falls es zu Überziehungen bereit wäre, diese auf Drittwährungen bei japanischen und chinesischen Banken beschränken würde. Dieses Verfahren beruht auf dem Trick, daß ausländische Banken mehr Geld bei der Bank of China deponiert haben als umgekehrt, wodurch die Chinesen effektiv mit einem Darlehen versehen würden. So sollen japanische Banken z.B. Ende 1975 ungefähr 100 Mio.US\$ bei der Bank of China in London deponiert haben, im letzten Jahr aber von den Chinesen gezwungen worden sein, diese Summe drastisch zu reduzieren. Um den Chinesen entgegenzukommen, sollen die Japaner ferner den Gebrauch von niedrig verzinsten Geldern des offiziellen Overseas Economic Cooperation Fund (OECF) angeboten haben. Aber auch diese Offerte wurde von den Chinesen mit der Begründung abgelehnt, daß es sich bei diesen Geldern um Wirtschaftshilfe handele.

Chinas Haltung gegenüber vom Westen angebotenen Krediten bleibt also, wie die gegenwärtige Praxis zeigt, nach wie vor ablehnend, wie auch der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Ullrich, während eines Aufenthaltes in Peking im vergangenen November feststellen konnte. Es stellt sich also die Frage, wie China künftig mehr importieren will, ohne Kredite aufzunehmen bzw. ohne größere Handelsbilanzdefizite in Kauf zu nehmen.

Die im Augenblick sich anbietende Antwort auf diese Frage beruht offensichtlich auch chinesischerseits auf der Überzeugung, mit dem Export von Rohstoffen Devisen für neue Importe erhalten zu können. Zu diesem Schluß ist auch eine Delegation gekommen, die im Dezember 1976 zu ersten Gesprächen in der während des Schmidt-Besuches in Peking vereinbarten gemischten deutsch-chinesischen Regierungskommission tagte. Die Chinesen hätten sich an einer Ausweitung des chinesisch-deutschen Handels interessiert gezeigt. Zum Ausgleich des chinesischen Defizits in der Handelsbilanz seien größere Lieferungen auf dem Rohstoffsektor vorgesehen. Besonderes Interesse bestehe daher auf chinesischer Seite an der Lieferung von Großanlagen, vor allem auf dem Kohlesektor (6). Der Plan, durch Rohstoffexporte - primär wird hier an das chinesische Öl gedacht - Devisen für neue Importe zu erlangen, ist zumindest für den Augenblick aus fünf Gründen kaum realisierbar:

1. China fehlt es an technischen Möglichkeiten, Rohstoffe, insbesondere Öl, in so großem Umfang auszubeuten, daß ein Export große Gewinne einbringen würde. Dies wird auch noch einige Zeit so bleiben, da Peking sich weigert, u.a. joint ventures mit ausländischen Firmen einzugehen.
2. Die langen Anfahrtswege sind für europäische Handelspartner zu kostspielig. Etwaige Preisvorteile beim Einkauf würden durch Frachtkosten wieder aufgezehrt.
3. Chinas steigender Rohstoffbedarf, insbesondere auf dem Energiesektor, vermindert die Ausfuhrkapä-

zitäten. Ein CIA-Bericht kommt zu dem Schluß, daß China im Jahre 1980 zwar 2,4 bis 2,8 Mio.Barrel Rohöl täglich fördern werde, von denen aber nur 200.000 bis 600.000 für den Export gerechnet werden können. Der Rest würde für den eigenen Verbrauch benötigt. Der Bericht schließt mit der Voraussage, daß in zehn Jahren sogar die gesamte Menge für den chinesischen Bedarf verwertet würde, vorausgesetzt, daß nicht neue Ölfelder im Westen oder off-shore ausgebeutet werden können (7).

4. China besitzt zumindest im Augenblick nur ungenügende Hafeneinrichtungen, in denen rentable Supertanker nicht beladen werden können.

5. Das chinesische Rohöl ist wegen seines geringen Schwefeldioxydgehalts gerade bei den Japanern, die zum größten Importeur chinesischen Öls geworden sind, nicht sehr beliebt. Die Chinesen müßten also zunächst große Investitionen für Raffinerien und petrochemische Werke ausgeben, in denen das Rohöl bearbeitet werden könnte. Geld für größere Anlagenimporte ist aber nicht vorhanden. Die wirtschaftlichen Rückschläge des vergangenen Jahres (Erdbebenkatastrophe von Tangshan) und die schlechte Winterernte, die China zur größten Weizeneinfuhr in seiner Geschichte zwang (fast 10 Mio.t in 18 Monaten), haben die Devisensituation des Landes nicht verbessert. Die großen Goldverkäufe der letzten beiden Jahre - 250t im Gesamtwert von ca.2,5 Mrd.DM - waren gewiß Folge einer Notsituation (8).

Was bleibt angesichts dieser Fakten von der in europäischen Ohren wohlklingenden Ankündigung übrig, China wolle seinen Handel mit den EG-Staaten auf das Niveau des sino-japanischen Handels bringen?

Zunächst natürlich ein Stück Psychologie für außen und innen. Nach dem Glaubwürdigkeitsschwund der vergangenen Monate dient diese Ankündigung als Signal für mehr Berechenbarkeit. Chinas Handelspartner dürfen wieder auf normale Beziehungen hoffen. Gleichzeitig wird auch der chinesischen Bevölkerung ein Zeichen gegeben, daß es nun wieder aufwärts geht. Die beiden großen nationalen Konferenzen zum Lernen von Tachai und Taching wie auch die Publizierung der Rede Mao Tse-tungs über die Zehn Großen Beziehungen waren zunächst nur programmatische Aktionen, denen nun der Alltag folgen wird, der wesentlich weniger euphorisch aussehen wird. Dies gilt auch für das Gebiet des Außenhandels.

Der Außenhandel wird in der chinesischen Entwicklungspolitik nach wie vor nur eine Komplementärfunktion haben, d.h. er muß der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung subsidiär zur Seite stehen. "Der Außenhandel muß auf der Binnenwirtschaft basieren und in erster Linie auf den Binnenmarkt gerichtet sein. Der Binnenhandel muß jedoch auch den Außenhandel unterstützen. Wenn der Außenhandel entwickelt worden ist, indem man seine Funktion als Außenhandel sich frei entfalten läßt, dann wird er besser imstande sein, den Binnenmarkt zu unterstützen". (9)

Noch deutlicher wird die zukünftige Richtung des chinesischen Außenhandels in einem Artikel der Peking Rundschau vom 12.Juli 1977, der die Überschrift trägt: "Auf die eigene Kraft vertrauen und Ausländisches für China nutzbar machen". Dort heißt es u.a.: "Das Lernen von anderen Ländern und die Übernahme der Vorzüge der anderen zur Überwindung unserer Unzulänglichkeiten, die durch Außenhandel und anderen Austausch auf der Basis der Gleichheit und des

gegenseitigen Nutzens zustande kommen, dienen uns auf dem Gebiet der Wirtschaft, Kultur, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik als gutes Beispiel, helfen uns, Neues zu schaffen und uns zu entwickeln. Blinder Eigendünkel und totale Ablehnung alles Ausländischen sind antimarxistisch und unwissenschaftlich... Gerade weil wir volle Zuversicht in unseren Staat, unser sozialistisches System und die verschiedenen Nationalitäten unseres Landes setzen, haben wir den Mut, die Losung des Lernens von anderen Ländern auszugeben. Wir sind willens, von den starken Seiten aller Länder und aller Nationen der Welt zu lernen. Wir wollen alles Gute lernen, was uns als Beispiel dienen kann und was uns nützlich ist, und werden dies stets tun. Das ist die wissenschaftliche Einstellung des Marxismus". Als unwissenschaftlich und unmarxistisch wird dagegen das "Hinterdreinkriechertum der Viererbande" verurteilt, die in "metaphysischer Weise dem Vertrauen auf die eigene Kraft das Lernen von anderen Ländern und die Nutzbarmachung des Ausländischen für China" gegenüberstellten. Ihre Intention sei es gewesen, "an der wichtigen Front des Außenhandels Verwirrung zu stiften und die sozialistische Wirtschaft zu unterminieren, in der Hoffnung, im Chaos die Macht an sich reißen zu können".

Die zunehmende Bedeutung des Außenhandels unter der neuen chinesischen Führung, die allerdings nicht mit automatischer Steigerung des Imports ausländischer Güter verwechselt werden darf, wurde in den vergangenen Monaten durch die Ernennung von neuen stellvertretenden Außenhandelsministern unterstrichen (10). Das Ministerium hat jetzt acht stellvertretende Minister. Dagegen wurde der Rat zur Förderung des Außenhandels (CCPIT) um zwei Vizepräsidenten vermindert. Diese Maßnahme ist durchaus logisch, geht es doch in Zukunft nicht mehr um die Neuanbahnung von Handelskontakten, sondern um die Ausfüllung und Weiterführung schon bestehender Beziehungen. Beobachtern ist ferner aufgefallen, daß zunehmend stellvertretende Außenhandelsminister Delegationen aus Ländern der Dritten Welt betreuen, die vorher häufig unter der Obhut des Ministeriums für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland standen. Diese Entwicklung könnte als Hinweis auf die wachsende politische Bedeutung des Außenhandels interpretiert werden. Außenhandel ist bei der Durchführung von Chinas Außenpolitik und in der Entwicklung außenpolitischer Beziehungen stets ein wichtiger Aspekt gewesen. Diese These wird auch, und ganz besonders, deutlich im Verhältnis China-Europa.

III. EG-China-Handel im Jahre 1976

Der Handelsaustausch zwischen der EG und China steigerte sich von 1975 nach 1976 um 11,7% von 1819 auf 2033 Mio.ERE (Europäische Rechnungseinheit, 1 ERE = 1,118 US\$). Dabei erhöhten sich die Importe der EG aus China um 28,7% von 666,8 Mio. auf 858,2 Mio.ERE, während die Exporte nur um 1,9% von 1152,8 Mio.ERE auf 1174,8 Mio.ERE stiegen. Der Handelsbilanzüberschuß der Gemeinschaft ging damit auf 316,6 Mio.ERE zurück. Dies geht aus statistischen Unterlagen des Statistischen Amtes der EG hervor, die das Bundesamt für Außenhandel am 3. August 1977 veröffentlichte. Auch die folgenden Angaben sind derselben Quelle entnommen. Der Anteil der Importe aus der VR China an den Importen aus Drittländern blieb mit 0,5% unverändert klein, ebenso wie der Anteil der Exporte, der sich 1976 auf 0,8% belief. Für die Handelsbilanz der Gemeinschaft jedoch liefert die VR China einen bedeutenden Beitrag zur

Verminderung des gewaltigen Defizits im Handel mit Drittländern.

Die Gemeinschaft konnte ihre Position als zweitstärkster Handelspartner Chinas festigen und den Abstand zum führenden Japan beträchtlich verringern. Heute dürfte der Anteil der Gemeinschaft an den Importen Chinas bei 22% und an den Exporten bei 13% liegen.

Der Handelsbilanzüberschuß der Gemeinschaft von 316,7 Mio.ERE wurde von der Bundesrepublik Deutschland (+318,5 Mio.ERE) und Frankreich (+138,9 Mio.ERE) erwirtschaftet. Alle anderen Mitgliedsstaaten konnten - vor allem wegen ihrer Exporteinbußen (Niederlande, Großbritannien, Irland, Dänemark) und überdurchschnittlichen Importzunahmen (Italien, Belgien-Luxemburg, Irland, Dänemark) - beträchtliche Defizite nicht vermeiden: Italien - 27,2 Mio.ERE, Niederlande -44,3 Mio.ERE, Belgien-Luxemburg -10,9 Mio.ERE, Großbritannien - 39,1 Mio.ERE, Irland -4,0 Mio.ERE, Dänemark - 15,3 Mio.ERE.

Größter Handelspartner der VR China innerhalb der Gemeinschaft war auch 1976 die Bundesrepublik Deutschland, deren Anteil an den Importen der Gemeinschaft aus China sich auf 28,2% (1970:24,1%) und an den Exporten nach China auf 47,7% (1970:36,2%) belief. Den zweiten Platz belegte Frankreich (Importanteil 1976: 29,2%, 1970: 36,2%; Exportanteil 1976: 26,6%, 1970: 17,6%); es folgten Italien (Importanteil 1976: 16,2%, 1970: 18,1%; Exportanteil 1976: 9,5%, 1970: 12,4%), Großbritannien (Importanteil 1976: 17,3%, 1970: 23,0%; Exportanteil 1976: 9,3%, 1970: 23,2%), die Niederlande (Importanteil 1976: 9,3%, 1970: 7,8%; Exportanteil 1976: 3,0%, 1970: 4,8%), Belgien-Luxemburg (Importanteil 1976: 5,5%, 1970: 3,2%; Exportanteil 1976: 3,1%, 1970: 5,0%), Dänemark (Importanteil 1976: 2,8%, 1970: 3,5%; Exportanteil 1976: 3,1%, 1970: 5,0%) und Irland (Importanteil 1976: 0,5%, 1970: 0,7%; Exportanteil 1976 und 1970 weniger als 0,1%).

Die Entwicklung des Handels nach Waren zwischen der Gemeinschaft und der VR China gestaltete sich 1976 recht unterschiedlich. Auf der Importseite konnte China vor allem mit der Abnahmebereitschaft der Gemeinschaft für seine industriellen Produkte zufrieden sein. So stiegen die Importe der Gemeinschaft an Maschinen und Fahrzeugen gegenüber 1975 um 41% auf 3,4 Mio.ERE. Ihr Anteil an den Gesamtimporten hat sich zwar mit 0,4% gegenüber 0,2% 1970 verdoppelt, ist aber insgesamt unbedeutend geblieben. Dagegen stieg der Importanteil der bearbeiteten Waren von 20,5% 1970 auf 23,7% 1976, wobei gegenüber 1976 ein Wachstum von 40% auf 203,0 Mio.ERE erreicht wurde, das insbesondere auf den Bedarfsanstieg Belgien-Luxemburgs (+123%), Italiens (+74%) und der Bundesrepublik Deutschland (+62%) zurückzuführen ist. Der Import an sonstigen bearbeiteten Waren erreichte gar einen Anteil von 15,9% (1970: 6,6%) und nahm 1976 um 39% auf 128,6 Mio.ERE zu, wobei Irland (+78%), Großbritannien (+59%) und die Bundesrepublik Deutschland (+52%) die höchsten Zuwachsraten verzeichneten. Mit 14% auf 76,8 Mio.ERE wiesen die Importe der Gemeinschaft an chemischen Erzeugnissen ein unterdurchschnittliches Wachstum auf, das von negativen Raten in der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (-23%), der Bundesrepublik Deutschland (-15%) und Italien (-3%) geprägt wurde.

Den größten Anteil an den Importen aus China hatten Rohstoffe mit 29,4%. 1970 hatte diese Quote

noch 41,6% betragen. Die Bedeutung der Rohstoffimporte der Gemeinschaft aus China, die sich 1976 auf 251,9 Mio.ERE (+38%) beliefen, war in erster Linie zurückgegangen, weil Italien seine Einkäufe an Seide seit 1970 stark eingeschränkt hatte. Die Importe der Gemeinschaft an tierischen und pflanzlichen Ölen, Fetten und Wachsen, die sich 1976 auf 9,3 Mio.ERE (+3%) beliefen, und an mineralischen Brennstoffen, die 1,7 Mio.ERE (+24%) betrugten, blieben mit 1,0% bzw. 0,2% Anteil ohne nennenswertes Gewicht. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Nahrungsmittel von 17,3% 1970 auf 19,1% 1976, obwohl ihre Importe aus China 1976 nur um 4% auf 163,6 Mio.ERE stiegen. Wesentlich darüber lag mit 28% auf 9,6 Mio.ERE das Wachstum der Gemeinschaftsimporte an Getränken und Tabak, die einen Anteil von 1,1% (1970: 0,3%) aufwiesen.

Auf der Exportseite betrug der Anteil der chemischen Erzeugnisse, deren Exporte 1976 lediglich um 5% auf 165,7 Mio.ERE gestiegen waren, 14,1% der Gesamtexporte nach China. 1970 hatte diese Quote noch bei 23,7% gelegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf den rückläufigen Importbedarf Chinas an chemischen Düngemitteln zurückzuführen - eine Folge der Errichtung verschiedener kompletter Fabrikationsanlagen durch ausländische Firmen in den letzten Jahren. Kräftig gesunken ist auch der Anteil der bearbeiteten Waren, der 1976 31,7% (1970: 46,9%) der Gesamtexporte ausmachte. Nur leicht verminderte sich der Anteil sonstiger bearbeiteter Waren von 2,0% 1970 auf 1,9% 1976. Dabei gingen die Exporte an bearbeiteten Waren um -18% auf 372,2 Mio.ERE zurück, während die an sonstigen bearbeiteten Waren um +52% auf 22,8 Mio.ERE stiegen. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Maschinen und Fahrzeuge an den Gesamtexporten von 19,8% 1970 auf nun 49,5%. Wertmäßig beliefen sie sich 1976 auf 581,7 Mio.ERE und waren gegenüber dem Vorjahr um 16% gewachsen.

IV. Europäischer als Europäer

In Brüssel wird nach der jüngsten Initiative Pekings nicht zu Unrecht vermutet, daß hinter der chinesischen Bereitschaft, nun endlich ein Handelsabkommen zu paraphieren, eher handfeste politische Zielsetzungen als tatsächliche Außenhandelsinteressen stehen. Im Zentrum dieser Zielsetzungen rangiert Pekings Drei-Welten-Theorie, in der Europa wegen seines Wirtschafts- und Menschenpotentials zum Brennpunkt der Rivalität zwischen den beiden Supermächten geworden ist. Die Europäische Gemeinschaft, die zur Zweiten Welt zählt, ist für Peking eine Gemeinschaft zum Kampf gegen die Supermächte, ihre Stärkung notwendiges Postulat. Nach der langen, durch die Kulturrevolution bedingten, Selbstisolierung hat Peking Anfang der 70er Jahre systematisch begonnen, mit den meisten EG-Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen, sofern diese nicht schon bestanden.

Die Normalisierung auf politischer Ebene ging jedoch nicht notwendig auch mit einem sprunghaften Anstieg der Wirtschaftsbeziehungen einher. Im Gegenteil, Großbritannien und Frankreich, die allerdings schon länger diplomatische Beziehungen mit Peking unterhielten, mußten zurückgehende Handelsvolumina mit China verzeichnen. Andererseits hatte die seit 1972 betriebene Verbesserung der Beziehungen zu den USA, die jedoch nicht bis zur vollen diplomatischen Anerkennung reichte, die Folge, daß Amerika innerhalb von zwei Jahren zum zweitgrößten Wirtschafts-

partner Chinas (nach Japan) wurde. Daß diese Entwicklung sich in den nächsten zwei Jahren wieder umkehrte, ist nur Beweis für die enge Verknüpfung von Außenhandelspolitik und Außenpolitik. In diesen Zeitraum fällt eine erneute Verschlechterung der sino-amerikanischen Beziehungen.

Die chinesische Botschaft in Brüssel wurde zu Beginn des Jahres 1971 von vornherein mit dem Blick auf die dort arbeitenden Organe der EG besetzt.

Die besten Europäer sitzen heute in Peking und nicht in Brüssel (11). Mit dieser überspitzten Formulierung kann die Entwicklung der Beziehungen zwischen der VR und Europa treffend beschrieben werden. In den 50er und 60er Jahren ging es Peking zunächst darum, in Asien und Afrika diplomatisch Fuß zu fassen. Europapolitik wurde in diesen Jahren im Schatten Moskaus betrieben, die EG galt als "kapitalistischer Wirtschaftsblock mit neokolonialistischen Tendenzen". Erst mit der Entwicklung der Zwischenzonentheorie, mit der neben den Entwicklungsländern auch die mittleren und kleinen Industriestaaten Westeuropas erfaßt wurden, lenkte Peking 1964 auf den Weg über, der die gegenwärtig gültige außenpolitische Konstellation beschreibt. Noch Ende der 60er Jahre wurden EG und EFTA in der chinesischen Presse als "Beweis für die sich zuspitzenden Widersprüche in der kapitalistischen Welt" bezeichnet (12). Seit dem Beginn der zweiten sino-sowjetischen Eiszeit verfolgte Peking dann mit zunehmender Sympathie die Integrationsbestrebungen der Gemeinschaft. Am 3.10.1972 versicherte der chinesische Chefdelegierte bei der UNO, Ch'iao Kuan-hua: "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschlossen alle Bemühungen der europäischen Völker im Widerstand gegen die Machtpolitik und Hegemonie der Supermächte." (13) In der zwei Jahre später ebenfalls vor der UNO von Teng Hsiao-p'ing bekanntgegebenen Formel von den Drei Welten wurde dann die gegenwärtig gültige chinesische Europapolitik definiert. Nach dieser Theorie gehört Europa zur Zweiten Welt, die gemeinsam mit den Staaten der Dritten Welt, den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Hegemonisierung der beiden Supermächte (Erste Welt) bekämpfen. Ein wichtiges Moment für die Partnerschaft zu Europa war deshalb für Peking die Haltung der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern. Peking hatte den Europäern lange Zeit vorgeworfen, die Kluft zwischen arm und reich zu erweitern. Erst im März 1975 haben die Chinesen ihre Haltung gegenüber der Handelspolitik der EG mit den Staaten der Dritten Welt geändert. Nach der Unterzeichnung der Handels- und Wirtschaftskonvention von Lome durch die EG-Staaten und 46 afrikanische, karibische und pazifische Entwicklungsländer kommentierte Hsinhua: "In der Welt von heute gibt es zwei Einstellungen zum historischen Trend, daß die Dritte Welt die alte internationale Wirtschaftsordnung ändern möchte: Konfrontation und Dialog. Die eine Haltung (Konfrontation) wird von den Supermächten eingenommen, die andere ist die des Dialogs, bei dem Fragen durch Verhandlungen mit Ländern der Dritten Welt gelöst werden können. Bei den Verhandlungen um die Konvention von Lome nahmen die EG-Länder die letztere Haltung ein und erreichten Vereinbarungen, die eine weitere Expansion des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den Ländern der Dritten Welt ermöglichen." (14)

Parallel zur Änderung der chinesischen Haltung gegenüber der europäischen Handelspolitik erfolgte

eine modifizierte Einstellung auf dem militär-strategischen Sektor. Wurden die NATO und ganz besonders die deutsche Bundeswehr fast zwei Jahrzehnte lang als aggressive Militärintstrumente diffamiert, die den Weltfrieden gefährdeten, galt das atlantische Verteidigungsbündnis nunmehr als Kraft, die sowjetischen "Hegemoniegelüste" in Europa in Schach zu halten. Die chinesische Presse wird seitdem nicht müde, Äußerungen westeuropäischer Politiker über die wachsende Gefahr aus dem Osten zu zitieren. Selbst der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO, General Haig, kommt in den chinesischen Medien zu Wort, wenn es darum geht, die Übermacht der Warschauer-Pakt-Truppen zu kritisieren. In einem NCNA-Bericht vom 4.4.75 beispielsweise druckte die Nachrichtenagentur ein Interview mit dem General ab, in dem dieser feststellte, daß der Warschauer Pakt seine Überlegenheit in konventionellen Streitkräften ausgeweitet habe. Sachlich berichtete NCNA, daß die NATO notwendige Maßnahmen habe ergreifen müssen, um ihre Kampfkraft zu erhöhen. Die westdeutsche Bundeswehr habe in Richtung auf dieses Ziel die größtmöglichen Anstrengungen unternommen; gemeinsam mit den 300.000 in Westdeutschland stationierten amerikanischen Soldaten sei sie zum Hauptpfeiler der NATO geworden. Als im selben Monat der belgische Regierungschef Tindemans zu einem Besuch in Peking weilte, forderte der Vizepräsident des chinesischen Staatsrats Chi Teng-kuei die Westeuropäer zur Stärkung ihrer Verteidigungsfront auf (15).

Die chinesischen Warnungen vor der Sowjetunion, erst in zweiter Linie vor den USA, sind seitdem Legion. Angesichts dieser Perzeption der sowjetischen Politik war es auch nicht verwunderlich, daß Peking die Entspannungspolitik als Schwächung der Atlantischen Allianz verurteilte. Die Europäische Sicherheitskonferenz, für die Chinesen eine "Unsicherheitskonferenz", werde von Moskau dazu genutzt, Europa zu finnlandisieren, um sich für die Auseinandersetzung mit den USA eine günstige Ausgangsposition zu sichern. Kritisch werden aus Peking auch die Wiener Truppenabbaugespräche (MBFR) begleitet.

Daß Pekings Flirt mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft vom Ostblock mit Argusaugen verfolgt wird, wird durch eine ganze Breitseite von Artikeln bewiesen, die zu diesem Thema in letzter Zeit erschienen sind: "Die Manöver Pekings um den Gemeinsamen Markt" (Nowosti, 20.7.77), "Pekings Hoffnungen, die es mit der EG verknüpft, sind sehr gefährlich für die Welt" (Zycie Warszawy, 16.7.77), "Mit wirtschaftlichen Kontakten zur EG verfolgt Peking politische Ziele" (15.7.77). Im Mittelpunkt der Ostblockkritik stehen drei Überlegungen:

1. Peking benutzt die Europäische Gemeinschaft und die NATO zur Blockierung der Entspannungspolitik;
2. Peking nimmt Abschied vom Prinzip der wirtschaftlichen Selbstversorgung;
3. Peking will ausländisches know-how importieren, um seine Rüstung anzukurbeln. Nowosti: "Hinter der Annäherung an den Gemeinsamen Markt läßt sich deutlich das Bestreben Pekings erkennen, die wissenschaftlich-technischen und technologischen Erkenntnisse und Leistungen des Westens zur Forcierung des militärischen Programms, darunter auch im Bereich des nuklearen Raketenpotentials, zu nutzen. (16)

So polemisch die Kommentare des Ostblocks auch sein mögen, bleibt doch festzuhalten, daß auch die Gemeinschaft davon ausgeht, daß Peking seine Beziehungen zur EG nicht völlig uneigennützig sieht. So stellte der gaulistische Vorsitzende des Ausschus-

ses für Außenwirtschaftsbeziehungen im Europäischen Parlament, Kaspereit, jüngst fest, daß China sein Verhältnis zur EG primär unter dem Einfluß der "Drei-Welten-Theorie" beurteile (17). Diese Theorie aber ist primär eine politische.

Anmerkungen:

- 1) NCNA, 11.5.75
- 1a) The Japan Times, 14.6.77
- 2) NCNA, 29.7.77
- 3) SWB/WER, 6.7.77
- 4) C.a. Juli 1977, Ü 45
- 5) FEER, 27.5.77
- 6) C.a. Januar 1977, Ü 33
- 7) Lloyd's List, 2.7.77
- 8) Vgl. H.Dohmen: Peking setzt sein Gold ein, in C.a. März 1977, S.89 ff.
- 9) S. Udo Weiss: Von der Stärke des Auslandes lernen in China Report 35-36/1977, S.14
- 10) C.a. Juni 1977, Ü 36
- 11) O.Weggel: Formelsammlung zur "Drei Welten"-Politik, in C.a. Juli 1976, S.344
- 12) Yu-Hsi Nieh: China und Europa, in C.a. Juni 1975, S.278
- 13) Ebenda
- 14) H.Dohmen: China und die EG: Handelsbeziehungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in C.a. Juli 1975, S.363
- 15) C.a. Mai 1975, Ü 3
- 16) Nowosti, 20.7.77, zitiert in BPA/Ostinformatio-nen, 21.7.77
- 17) SZ, 8.7.77